

Signatur: 2025.SR.0269
Geschäftstyp: Postulat
Erstunterzeichnende: Lena Allenspach (SP), Sofia Fisch (JUSO), Dominique Hodel (SP)
Mitunterzeichnende: Dominik Fitze, Johannes Wartenweiler, Nadine Aebischer, Chandru Somasundaram, Valentina Achermann, Monique Iseli, Judith Schenk, Szabolcs Mihályi, Jacqueline Brügger, Emanuel Amrein, Bernadette Häfliger, Shasime Osmani, Fuat Köçer, Lukas Schnyder, Lukas Wegmüller
Einreichtdatum: 11. September 2025

Postulat SP/JUSO: Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, Stalking und verwandten Gewaltformen in der Stadt Bern; Annahme

Prüfauftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, wie die Prävention, Bekämpfung und der Schutz vor sexualisierter Gewalt, Stalking und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt in der Stadt Bern verbessert werden können.

Dabei wird er gebeten, folgende Punkte zu prüfen:

1. Der Gemeinderat prüft die Ausarbeitung einer städtischen Gesamtstrategie, um bestehende Massnahmen zur Prävention und zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und verwandter Gewaltformen besser zu koordinieren, gezielter auszurichten und bestehende Lücken im System zu erkennen und zu schliessen.
2. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern und mit betroffenen Organisationen im Raum Bern zu prüfen, wo Doppelspurigkeit im Angebot besteht, wie bestehende Lücken erkannt und geschlossen werden können und wie die Zusammenarbeit mit Organisationen sowie kantonalen und nationalen Fachstellen weiter ausgebaut und gestärkt werden kann.
3. Eine Bestandesaufnahme der bestehenden Massnahmen, Angebote, Anlaufstellen und Zuständigkeiten in der Stadt Bern sowie des Kantons Bern durchzuführen.

Begründung

Dieses Jahr wurden bereits 23 Frauen von Männern getötet. Diese Femizide sind das Resultat von patriarchalen Gewaltspiralen und einem zunehmenden Druck auf die Rechte von Frauen, queeren und trans Menschen. Sexualisierte Gewalt, Stalking, geschlechtsspezifische Gewalt und verwandte Gewaltformen sind auch in der Stadt Bern Realität – im öffentlichen Raum, online, in Institutionen oder im privaten Umfeld. Die Stadt Bern hat bereits viele wichtige Präventionsprojekte etabliert so zum Beispiel «Bern schaut hin» oder «Tür an Tür» und führt einige Fachstellen (Häusliche Gewalt und Stalkingberatung, Gewaltprävention und Radikalisierung). Trotz dieser erfolgreichen Projekte und verschiedenen Massnahmen fehlt bislang aber eine kohärente, systematische Gesamtstrategie auf kommunaler Ebene, die Prävention, Opferschutz, Sensibilisierung, Strafverfolgung und Koordination wirkungsvoll vereint. Viele dieser Zuständigkeiten liegen zudem beim Kanton. Umso wichtiger ist eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Stadt, Kanton und involvierten Organisationen, um Doppelspurigkeit zu vermeiden und Lücken im Schutz- und Hilfesystem zu erkennen und zu schliessen. Dies insbesondere, da auch mit neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen wie dem revidierten Sexualstrafrecht neue Aufgaben auf den Kanton zukommen. Bern kann hier Vorreiterin sein und für mehr Sicherheit und effektive Unterstützung in der Stadt Bern sorgen. Der Gemeinderat soll daher prüfen, wie die Zusammenarbeit mit betroffenen Stellen verbessert werden kann und wie er zu einer Gesamtstrategie in diesem Bereich steht, damit kantonale und städtische Angebote aufeinander abgestimmt sind.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 4. März 2026

Der Gemeinderat